gemeine Zuständigkeit zur Verhandlung und Entscheidung der betreffenden Militärstrafsache besitzt (§ 21 Abs. Ib, § 23 Abs. Ic, § 27 der Militärgerichtsordnung). Das zur Verhandlung und Entscheidung befugte Gericht für Militärstrafsachen muß zugleich die sachliche und allgemeine Zuständigkeit für die betreffende Militärstrafsache besitzen. (Auf die örtliche Zuständigkeit der Gerichte für Militärstrafsachen später eingegangen.) Reicht die allgemeine Zuständigkeit eines sachlich zuständigen Gerichts für Militärstrafsachen nicht aus, so muß die Militärstrafsache bei einem höheren Gericht für Militärstrafsachen anhängig gemacht werden, dessen allgemeine Zuständigkeit sich auch auf den militärischen Dienstgrad bzw. die militärische Dienststellung des Beschuldigten erstreckt.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

2.2.3. Örtliche Zuständigkeit

Der territoriale Bereich innerhalb dessen ein Kreisgericht, ein Bezirksgericht oder ein Amtsgericht im Rahmen seiner sachlichen Zuständigkeit in Strafsachen tätig wird, stimmt absolut mit den territorialen Bereichen überein, die sich aus der territorialen Gliederung der Deutschen Demokratischen Republik ergeben. In personeller Hinsicht erstreckt sich die Rechtsprechung der Kreis- und Bezirksgerichte in Strafsachen auf alle Bürger, die nicht der Rechtsprechung der Gerichte für Militärstrafsachen unterliegen. Im Hinblick auf die territorial nebeneinander bestehenden Gerichte gleicher Art (je ein Kreisgericht für jeden Kreis bzw. Stadtkreis, je ein Amtsgericht für jeden Bezirk) bedarf es einer gesetzlichen Ordnung, wonach die Strafsachen unter die vielen für sie sachlich zuständigen Gerichte gleicher Art aufzuteilen sind. Die Bestimmungen über die örtliche Zuständigkeit regeln unter örtlichen Gesichtspunkten, welches von mehreren sachlich zuständigen Gerichten gleicher Art dasjenige Gericht ist, das sich in erster Instanz mit der Strafsache zu befassen hat.

Jede Strafsache ist durch eine Reihe von Beziehungen mit dem territorialen Bereich eines oder mehrerer der für die Strafsache sachlich zuständigen gleichartigen Gerichte verbunden. Im Unterabschnitt „Örtliche Zuständigkeit der Gerichte“ (§§ 169—175) bestimmt das Gesetz, welche Beziehungen der einzelnen Strafsache zu einem territorialen Bereich maßgebend für die Ermittlung des örtlich zuständigen Gerichts sein sollen. Ausschließlich folgende Kriterien kommen wahlweise für die Festlegung des örtlich zuständigen Gerichts in Betracht: der Tatort (§ 169), der Wohnsitz des Beschuldigten in der Deutschen Demokratischen Republik zur Zeit der Erhebung der Anklage (hilfsweise der gewöhnliche Aufenthaltsort oder der letzte Wohnsitz oder Aufenthaltsort in der Deutschen Demokratischen Republik), der Ort der amtlichen Unterbringung des Beschuldigten (§170).

2.2.3.1. Die örtliche Zuständigkeit der Gerichte für Militärstrafsachen

Der Organisation der Gerichte für Militärstrafsachen liegt nicht die administrative Einteilung der Deutschen Demokratischen Republik zugrunde, sondern hier ist für die Bestimmung von Zahl und Standort der Gerichte für Militärstrafsachen und für die Festlegung ihrer örtlichen Zuständigkeit die militärische Notwendigkeit maßgebend (§ 19 der Militärgerichtsordnung). Der Minister für Nationale Verteidigung legt die örtliche Zuständigkeit der Gerichte für Militärstrafsachen fest.